



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Pape, R.: Der Verfassungsverstreit in Preußen : eine historische-politische
Studie : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908




Der Verfassungstreit in Preußen

Eine historisch-politische Studie

Von R. Pape

(Schluß)

n das Jahr 1863 fiel eine Reihe von erhebenden Gedenkfeiern der gewaltigen Ereignisse und der unvergeßlichen Thaten des Befreiungskrieges. Zum fünfzigsten male kehrten die Tage wieder, an denen Friedrich Wilhelm III. den Ausruf: „An mein Volk“ erlassen hatte, an denen bei Großbeeren, an der Razbach, bei Dennewitz die preußischen Waffen unsterblichen Ruhm errungen hatten. Das Hegen und Treiben des Abgeordnetenhauses hatte aber damals, namentlich in den sogenannten gebildeten Klassen, allen gesunden patriotischen Sinn soweit erstickt, daß jener Großthaten der Väter kaum gedacht wurde. Sogar der 18. Oktober, der Gedenktag der Völkerschlacht bei Leipzig, wurde wohl in den Mittel- und Kleinstaaten fast allgemein, in Preußen aber eigentlich nur amtlich und von der Armee, von weitem Kreisen des Volkes fast gar nicht gefeiert. Die demokratische Presse war nicht damit zufrieden, daß an den öffentlichen Gebäuden in Berlin nur preußische Fahnen zu sehen waren, was doch ganz natürlich war, da nur preußische Ruhmesthaten zu feiern waren. Sie beschwerte sich darüber, daß in vielen Städten das Ausstecken von sogenannten deutschen Fahnen verboten wurde. Unter deutschen Fahnen verstanden die „Liberale“ in jener Zeit der politischen Zerfahrenheit und Begriffsverwirrung die schwarz-rot-goldnen Fahnen, obsehon diese ganze Farbenzusammenstellung eine willkürliche Erfindung einiger schwärmerischen Studenten in Sena war, denen dabei wahrscheinlich die Abzeichen der Litowschen Freischar vorgeschwebt hatten. Abgesehen von den traurigen Erinnerungen des Jahres 1848 hatten diese Farben damals nicht den geringsten geschichtlichen Hintergrund; deutsche Farben oder gar Reichsfarben sind sie niemals gewesen. Dagegen lud eine Anzahl von Kölner Bürgern die drei Präsidenten des Abgeordnetenhauses, die sämtlichen liberalen Abgeordneten aus Rheinland und Westfalen und den Herrn Schulze-Dehlysch zu einem großen „provinziellen Bankett“ nach Köln ein. Das Fest fand am 18. und 19. Juli statt und gestaltete sich zu einer großen Kundgebung gegen die Regierung, die damals noch den Unfug gestattete.

Im August des Jahres 1863 hatte bekanntlich auf Betreiben Österreichs auch der Frankfurter Fürstentag stattgefunden. Die k. k. Regierung hatte versucht, die alte Politik des Fürsten Felix von Schwarzenberg, die seinerzeit dem preußischen Staate ein Warschau und ein Olmütz bereitet hatte, fortzusetzen und zu Ende zu führen. Die Festigkeit, mit der König Wilhelm auf den Rat seines Ministerpräsidenten allen Zumutungen des Kaisers und der Bundesfürsten entgegentrat, hatten die Versuche, Preußen in seiner deutschen und europäischen Stellung noch mehr herabzudrücken, zum Scheitern gebracht. Die Politik Bismarcks hatte offenbar einen bedeutenden diplomatischen Erfolg errungen; Preußen begann wieder die Stellung einzunehmen, die es auf Grund seiner ruhmreichen Geschichte beanspruchen konnte und mußte. In der Hoffnung, daß dieses kräftige Auftreten nach außen seine Wirkung im Innern nicht verfehlen würde, schlugen die Minister, die einsehen, daß von dem damaligen Hause der Abgeordneten eine Mitwirkung bei einer festen und patriotischen Politik nicht zu erwarten war, dem Könige die Auflösung dieses Hauses und die Anordnung von Neuwahlen vor (2. September). Die allgemeinen Wahlen, die am 28. Oktober stattfanden, täuschten jedoch die Hoffnung der Regierung vollständig. Nur 37 ihrer Anhänger wurden gewählt; die altliberale Fraktion verschwand fast vollständig, und die Siege, die sie und die katholische Fraktion verloren, fielen der Fortschrittspartei zu.

Der neue Landtag wurde am 9. November durch den König in Person eröffnet; wie immer, war die Thronrede in ruhigem, versöhnlichem und entgegenkommendem Tone gehalten. In der Hauptsache freilich, in der Heeresumgestaltung, konnten wesentliche Zugeständnisse nicht gemacht werden. Denn die Wehrkraft Preußens schwächen, namentlich unter den damaligen Verhältnissen, hätte geheißen den Staat ins Verderben stürzen. Daß mit dem neuen Abgeordnetenhause ebenso wenig eine Verständigung zu erzielen war, wie mit dem vorigen, bewies sofort die Wahl der Vorsitzenden, nämlich der Herren Grabow, von Unruh und von Bockum=Dolffs. Der Nachtragsetat für 1863 und das Budget für 1864 wurden dem Hause zwar vorgelegt, aber vorläufig unerledigt gelassen. Dafür fanden lange Debatten statt über die sogenannte Preßordonnanz, die denn auch vom König aufgehoben wurde. Dann wurde auf den Antrag von Schulze=Delitzsch und Carlowitz eine Kommission eingesetzt zur Untersuchung der gesetzwidrigen Wahlbeeinflussungen und der Verkümmern der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit preußischer Staatsbürger. Dazwischen brachten die Herren Stavenhagen und Virchow im Namen ihrer Parteien eine Interpellation in der schleswig-holsteinischen Frage ein (23. November). Daß sie sich dabei ganz auf einen preußenfeindlichen, mittelstaatlichen Standpunkt stellten, war nach der bisherigen Haltung der Fortschrittspartei fast selbstverständlich. Die Schaffung eines neuen schwächlichen Kleinstaates, der immer zu Preußens Gegnern gehört haben würde, und der trotzdem immer auf

Preußens Schutz angewiesen gewesen wäre, die Einsetzung noch eines neuen Bundesfürsten sollten Deutschland Heil und Rettung verschaffen. Die Debatte über diese Interpellation fand am 1. und 2. Dezember statt; die Herren Sybel und Birchow führten das große Wort gegen Bismarck. Diese Redeübung führte zwar zu einer Resolution in dem angedeuteten Sinne; aber die Regierung ließ sich dadurch in der Durchführung ihrer wohlüberlegten und tiefdurchdachten Politik nicht irre machen. Sie verlangte am 9. Dezember die Bewilligung einer Anleihe von 9 Millionen für den beschlossenen Krieg gegen Dänemark. Statt diese Anleihe zu bewilligen, beschloß das Haus, eine Adresse an den König zu richten, in der der Regierung förmlich vorgeschrieben wurde, welche äußere Politik sie zu befolgen habe, und in der es dann heißt: „Das Haus der Abgeordneten wendet sich an Eure Majestät, um die schwere Schuld von sich abzuwenden, daß es nicht alles versucht habe, um eine Politik zu ändern, welche das Land auf lange Zeit zu schädigen droht. Denn nach dem System des Ministeriums müssen wir fürchten, daß in seinen Händen die begehrten Mittel nicht im Interesse der Herzogtümer und Deutschlands, nicht zum Nutzen der Krone und des Landes verwendet werden dürften.“ Der Übergriß des Unterhauses in ein Gebiet, auf dem verfassungsmäßig unzweifelhaft dem König allein die Entscheidung zusteht, wurde durch eine von dem Gesamtministerium gegengezeichnete königliche Botschaft mit folgenden Worten zurückgewiesen: „Wenn an die Spitze dieser Adresse der Satz gestellt worden ist, daß das Haus der Abgeordneten bereits die Richtung festgestellt habe, welche einzuhalten Deutschlands Ehre und Interessen gebieten, so will ich annehmen, daß damit der Wir nach der Verfassung und den Gesetzen des Landes zustehenden Entscheidung über die Beziehungen der Monarchie zum Auslande nicht hat vorgegriffen werden sollen.“

In einer Sitzung der Anleihekommission (18. Januar) erklärte Bismarck: „Wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diejenigen Mittel, welche wir so notwendig bedürfen, auf verfassungsmäßigem Wege zugänglich machen werden; sonst müssen wir sie nehmen, wo wir sie bekommen.“ Die letzten Worte sind ihm bekanntlich bis zum Überdruß oft vorgeworfen worden. Als die Sache dann im Plenum zur Beratung kam, entwickelte sich daraus eine zweite Schleswig-Holstein-Debatte (21. und 22. Januar). Die Redner der Opposition leisteten Unglaubliches in Schmähungen gegen die Regierung und in Herabsetzung des eignen Vaterlandes. Alle übertraf darin Herr Rudolf Birchow; er äußerte: „Meine Herren, Sie sprechen immer von der Großmacht Preußen. Ich muß sagen, ich bedaure, daß dieses Sprechen von der Großmacht allmählich einen krankhaften Zustand angenommen hat. Nun, meine Herren, was machen Sie denn mit dieser Großmachtstellung? Sagt man Ihnen: Macht doch einmal große Politik, geht doch einmal energisch vor! dann sagen Sie: Ja, das könnte europäische Verwicklungen geben, da

müssen wir zu Hause bleiben; aber wenn die kleinen deutschen Staaten etwa auf dem deutschen Bundestage einen Beschluß fassen wollten, der im Sinne der Majorität der deutschen Nation wäre, dann sagt Preußen: Wir als Großmacht sind nicht in der Lage, uns diesem Beschlusse zu unterwerfen, wir werden uns nicht majorisieren lassen von den Kleinen — aber von den Großen natürlich! Ich meine, Sie könnten uns mit der Großmachtangelegenheit zu Hause bleiben. Wenn Preußen einmal gezeigt haben wird gegen Großmächte, daß es eine Großmacht ist, dann, meine Herren, sprechen Sie wieder davon; so lange Preußen aber nur gegen kleine und Mittelstaaten als Großmacht spricht, so lange, denke ich, wollen wir diese Angelegenheit bei uns schweigen lassen.“ In derselben Rede hatte er von Bismarck gesagt: „Er ist jetzt dem Bösen verfallen, und er wird von ihm nicht wieder loskommen.“ Die Komik in diesem Ausspruche war aber eine ziemlich unfreiwillige; denn der „Staatsmann“ Bichow meinte das im Ernst, und das war eben das Komische an der Sache. Die Bewilligung der Anleihe wurde verweigert, und die Kosten für die Reorganisation wurden im Ordinarium und im Extraordinarium gestrichen. Das Herrenhaus verwarf zum zweitenmale das von dem Abgeordnetenhaufe aufgestellte Budget und stellte die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder her. Das Unterhaus erklärte diesen Beschluß wieder für null und nichtig und erklärte ferner, daß die Staatsregierung sich eines offenen Verfassungsbruches schuldig mache, wenn sie fortführe, ohne Zustimmung beider Häuser des Landtages über die Mittel des Staates eigenmächtig zu verfügen. Am 25. Januar wurde der Landtag auf Befehl des Königs von Bismarck geschlossen, um erst im Anfange des folgenden Jahres (1865) wieder zusammenzutreten.

Während bis dahin in der innern Politik eine erträgliche Ruhe herrschte, vollzogen sich die weltgeschichtlichen Ereignisse, die die meerumschlungenen Herzogtümer endgiltig von der dänischen Fremdherrschaft befreiten und sie als wirkliche und lebendige Glieder wieder mit dem deutschen Vaterlande vereinigten. Die wackern Regimenter in Schleswig, meist Brandenburger und Westfalen, zeigten, daß die Preußen noch verstanden, zu kämpfen und zu siegen, und Bismarck bewies, daß die Zeit vorüber war, wo eine erbärmliche Diplomatie mit ihren Federn verdarb, was das blanke Schwert errungen hatte. Aufmerkamen Beobachtern konnte es nicht entgehen, daß in der Stimmung des Volkes, die so lange durch wüßtes Geschrei und durch fanatische Parteihexereien irregeleitet worden war, sich eine Umwandlung vorzubereiten und auch bereits zu vollziehen begann. Doch dauerte es noch lange, bis in dem parlamentarischen Leben Preußens die Alleinherrschaft der Fortschrittspartei, die in dem „Konflikt“ ihr Lebenselement hatte, gebrochen wurde.

Erst am 14. Januar 1865 wurde der Landtag von neuem eröffnet, wieder durch den König selbst. Die Thronrede ging in ihrer Fassung bis an die Grenze des Möglichen, um dem Haufe Entgegenkommen zu beweisen und eine

Verständigung zu erleichtern. Von einer Rückgängigmachung der Heeresreorganisation konnte natürlich gar keine Rede sein, jetzt, wo sie sich im blutigen Ernst so glänzend bewährt hatte. Sogar Grabow, der als früherer Präsident vorläufig wieder den Vorsitz übernommen hatte, konnte nicht umhin, der ruhmreichen Thaten der tapfern Krieger zu gedenken, die in den Nordmarken des Vaterlandes das deutsche Recht und die preußische Ehre hochgehalten hatten. Als er aber, nebst den Herren von Urruh und von Bockum-Dolffs, wiedergewählt war, schlug er einen ganz andern Ton an: „Bei unsrer letzten Entlassung ward einstweilen auf die Hoffnung einer Verständigung mit diesem Hause verzichtet. Seitdem sind die Verfolgungen der liberalen Presse, Disziplinierung der liberalen Beamten, Nichtbestätigung liberaler Kommunalwahlen, Verunglimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen der liberalen Staatsbürger in noch stärkerem Maße als in den frühern Jahren eingetreten. Die liberale Gesinnung ist in den Bann gethan. Die Überzeugungstreue, der schönste Schmuck des altpreußischen Beamten, ist in die neupreußische Asche erklärt. Die Art wird an den seit 1808 die schönen Früchte Gemeinwohl und Gemeinwohl treibenden Baum der Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden gelegt, um die dreimal erprobte öffentliche Meinung, die stärkste Macht im Staate, zur Umkehr zu stimmen, das Abgeordnetenhaus zur Unterwerfung zu zwingen und damit der Verfassung die Lebensader zu unterbinden.“

Der wiederholte lärmende Beifall, den diese Worte Grabows bei der herrschenden Partei fanden, zeigte deutlich, daß mit diesem Hause ebenso wenig eine Verständigung zu erzielen war, wie mit dem vorigen. Es verlohnt sich aber nicht, die Verhandlungen im einzelnen weiter zu verfolgen; denn Neues wußten die Herren von der Opposition nicht mehr vorzubringen, die Beschimpfungen Preußens, seiner Regierung und seiner Einrichtungen, blinde Parteinahme für alles, was gegen Preußen auftrat, Unverstand und Urteilsunfähigkeit wiederholten sich stets. Die Minister mühten sich vergebens ab, den Parteisanatikern Vernunft zu predigen. Ein praktisches Ergebnis hatte die ganze Tagung nicht; die Kosten für die Reorganisation wurden wieder gestrichen, ein gesetzmäßiges Budget kam wieder nicht zu stande, und der Staatshaushalt wurde wieder durch königliche Verordnung geregelt, unter Zustimmung des Herrenhauses. Eine Schleswig-Holstein-Debatte im großen Stil, bei der Birchow, Waldeck, Dunder, Löwe, Twisten große Reden hielten, bewies nur, daß diese Herren und ihre ganze Partei von den thatsächlichen politischen Verhältnissen, von der ganzen Lage in Deutschland und in Europa nicht die leiseste Ahnung hatten. Daß ihnen aller Patriotismus fehlte, war nichts Neues.

Nur einige Vorgänge will ich noch kurz erwähnen, die besonders bezeichnend für die Zustände in der „Konfliktzeit“ sind. Am 9. Februar überreichte eine Deputation aus Köln dem Präsidenten Grabow eine silberne Bürger-

krone, die dieser auch annahm „nicht für sich, sondern namens der liberalen Mehrheit des Hauses.“ In dem lieben, lustigen Köln am Rhein hat man von jeher große Neigung zu derartigen Karnevalscherzen gehabt; die Jahreszeit war sehr passend gewählt. Hätte man gefragt, für welche Verdienste Herr Grabow diese Bürgerkrone erhielt, so hätten sicherlich weder die Schenker, noch der Empfänger, noch die ganze „liberale Mehrheit“ eine befriedigende Antwort geben können. Unbestreitbar hatte sich doch jeder einfache Musketier und Füsilier, der vor Düppel gekämpft und geblutet hatte, ein ungleich größeres Verdienst um das Vaterland erworben als alle Redner der ganzen Fortschrittspartei zusammengenommen.

Am 2. Juni, bei der Debatte über die Marinevorlage, erlaubte sich der Abgeordnete Birchow, eine grobe persönliche Beleidigung gegen den Ministerpräsidenten auszusprechen. Er sagte: „Die Vorlage war gar nicht ernsthaft gemeint, sondern nur ein Scheinmanöver. Es ist eine Umkehr der Wahrheit, zu sagen, die Kommission habe kein Interesse für die Marine an den Tag gelegt. Wenn der Herr Ministerpräsident den Bericht gelesen hat, so weiß ich nicht, was ich von seiner Wahrhaftigkeit halten soll.“ Darin lag doch offenbar der Vorwurf der Lüge. Da Birchow sich weigerte, seine Äußerung zurückzunehmen, der Präsident ihn auch nicht zur Ordnung rufen wollte, so ließ Bismarck den Beleidiger nach der Sitzung in aller Form fordern. Der gelehrte Herr Professor, der sehr wohl wußte, was die bessere Hälfte der Tapferkeit ist, und dem es vielleicht nicht ganz unbekannt war, daß man mit Schießgewehr leicht Unheil anrichten kann, lehnte wohlweislich die Forderung ab. Dafür erbieten sich verschiedene aufgeregte Berliner Studenten für ihren allverehrten Lehrer die Sache „auszupauken.“ Daß die erregten Jünglinge das thaten, rechnen wir ihnen nicht zu hoch an; ein Studentengehirn treibt sonderbare Blasen, namentlich abends zu etwas später Stunde und beim Frühshoppen. Daß aber die ganze liberale Presse den Mannesmut dieser jungen Freiheitskämpfer bis in den Himmel erhob, sodaß eigentlich alle Spartaner und Römer sich davor hätten verstecken können, zeigt wieder, wie kindisch man damals ernsthafte Sachen behandelte. Einen ähnlichen Streit hatte am 5. Mai der Kriegsminister von Roon mit dem Herrn Dr. Gneist gehabt. Dieser hatte ihm vorgeworfen, daß er ein Werk durchführe, die Reorganisation des Heeres nämlich, das „das Kainszeichen des Eidbruches an der Stirn trüge,“ das „auf dem Boden des Verfassungsbruches“ stehe. Der wackere Soldat hatte dem Herrn Professor einfach geantwortet, daß seine Äußerung „den Stempel der Überhebung und Unverschämtheit“ an der Stirn trüge. Am 17. Juni wurde die Tagung des Landtages geschlossen.

Zunächst sorgte die gute Stadt Köln wieder dafür, daß der fortschrittlichen Presse und den Bierbankpolitikern der Stoff zum Kanngießern nicht gleich ausginge. Dort hatte ein Ausschuß unter dem Voritze des Stadtver-

ordneten Classen-Kappelmann, eines sonst sehr harmlosen und unbedeutenden Menschen, ein großartiges Fest vorbereitet und sämtliche Mitglieder der liberalen Partei des Abgeordnetenhauses dazu geladen. An ein feierliches Festmahl im großen Saale des Gürzenich, gewürzt durch die üblichen Heß- und Brandreden, sollte sich Tags darauf eine Rheinfahrt schließen. Aber der Polizeipräsident von Köln (Nich) verbot auf Grund des nicht aufgehobenen Gesetzes vom 11. März 1850 die Abhaltung dieses Festes. Der Festausschuß erklärte, sich diesem Verbote nicht fügen zu wollen, und zwar auf Grund des Art. 29 der Verfassung. Auch der Aufforderung des Oberbürgermeisters (Bachem), den Gürzenichsaal zu räumen, wurde nicht Folge geleistet. Herr Classen-Kappelmann hatte nun den genialen Gedanken, zu erklären, daß er den Saal allein zur Abhaltung eines Privatdiners gemietet habe. Aber auch darauf fiel, um einen etwas gewöhnlichen, aber treffenden Ausdruck zu gebrauchen, der Polizeipräsident nicht hinein. Herr Classen-Kappelmann aber war für kurze Zeit der populärste Mann im ganzen heiligen Köln; seine Mitbürger sangen:

Der Bachem und der Nich
 Die sind von einem Teig;
 Jedoch der Classen-Kappelmann
 Das ist und bleibt ein Ehrenmann.

Als aber der Tag des Festes gekommen war, hatte der „Ehrenmann“ es vorgezogen, eine kleine Reise in das benachbarte Ausland zu machen unter dem Vorwande, daß ihm Verhaftung drohe, woran niemand gedacht hatte. Man darf das dem gefeierten Volksmann, der übrigens bald wieder völlig vergessen war, nicht so sehr übel nehmen; das Märtyrertum ist nun einmal nicht jedermanns Sache.

Von 253 eingeladenen Abgeordneten hatten 150 bis 160 zugesagt; aber nur etwa 80 waren am 22. Juli wirklich in Köln erschienen. Da der Gürzenichsaal polizeilich geschlossen war, so versuchte man, das Fest auf der rechten Rheinseite in Deutz im „Marienbildchen“*) abzuhalten. Doch der Bürgermeister von Deutz wollte das auch nicht gestatten, und als auf seine Aufforderung hin die Versammlung nicht sofort auseinanderging, wurden aus der benachbarten Kaserne einige Mannschaften vom achten Kürassierregiment herbeigeholt, die dann das Räumungsgeschäft ebenso rasch wie gründlich besorgten. Innerhalb der Wälle einer preussischen Festung war also offenbar kein Raum für jene Vertreter der Volksrechte. Also aufs Land! Der Zoologische Garten lag damals auf dem Gebiete der Landgemeinde Longerich. Speisen und Getränke wurden über den Rhein geschafft, und das Mahl begann. Wären nun

*) Dieses früher sehr beliebte Vergnügungsort hat jetzt den Neuanlagen des Deutzer Bahnhofes Platz machen müssen.

die Herren nur eß- und trinklustig gewesen, so hätten sie wohl volle Befriedigung gefunden. Aber die Redewut war zu groß. Sobald jedoch die erste politische Rede gehalten wurde, erschien der Bürgermeister von Langerich und forderte die Versammlung auf, auseinanderzugehen. Zwar machte ein witziger Kopf sofort den tiefempfundenen Vers:

Herr Bürgermeister von Langerich,
Wir sind noch alle so hungerig!

aber nicht einmal durch diese Berufung auf die heiligsten Gefühle des Menschenherzens wurde der gefühllose Beamte gerührt. Wieder erschien Militär und räumte den Garten. Ebenso waren auch die zur Rheinfahrt gemieteten Dampfer militärisch besetzt. Aber die Zweckesser und Redetiger wollten ihr Vergnügen nicht aufgeben. Preußen war den Krallen der finstern Reaktion verfallen; man beschloß also, dem geknechteten Vaterlande den Rücken zu kehren und das Land der Freiheit, Nassau, aufzusuchen. Nicht etwa, als ob Nassau ein Land der Freiheit für die eignen Bewohner gewesen wäre; beileibe nicht! Die hätten einmal mucksen sollen! Aber man gewährte damals dort eine sehr weitgehende Freiheit im Schimpfen auf Preußen, und darauf war doch hauptsächlich die ganze Sache angelegt. Also auf nach Oberlahnstein! Aber solche Volksvertreter wollte nicht einmal die nassauische Regierung dulden; auch hier erschien, wenn auch etwas spät, Militär, und damit hatte der kleine Sommerscherz sein Ende erreicht. Am auffälligsten bei der ganzen Geschichte war, daß man später gar nicht davon hörte, daß einer oder der andre der Festteilnehmer infolge einer nicht gehaltenen Rede erstickt oder geplagt wäre. Zum Schlusse sei nur noch bemerkt, daß die Verfügung des Polizeipräsidenten von Köln wegen des Gürzenich wirklich durch richterliche Entscheidung aufgehoben wurde, aber erst am 28. Juli.

Noch ein Vorgang mag hier erwähnt werden, der zwar auf geschichtliche Bedeutung keinen Anspruch machen kann, aber höchst bezeichnend ist für die Art und Weise, in der damals die Volksklassen aufgehetzt wurden. Am Abend des 4. August hatte in Bonn eine „Keilerei“ zwischen Studenten und „Knoten“ stattgefunden, ein Vorkommnis, das leider auch heute noch auf deutschen Hochschulen nicht zu den Seltenheiten gehört. Der Koch des damals in Bonn studierenden Prinzen Alfred von England, ein gewisser Ott, ein Straßburger von Geburt, war auf irgend eine Weise, jedenfalls nicht ohne eigne Schuld, in die Schlägerei verwickelt worden und hatte dabei Verletzungen davongetragen, die seinen Tod herbeiführten. Der Thäter war ein junger Graf Eulenburg, Mitglied des Korps Borussia und damals Einjähriger bei den Königshusaren. Der unglückliche junge Mann, den man doch eigentlich mehr bedauern mußte, wurde später zu drei Monaten Festung verurteilt, aber nach Verbüßung eines Monats begnadigt. Der ganze Vorfall würde heutzutage durch einige Notizen

im „Vermischten“ für die Öffentlichkeit erledigt worden sein. Damals aber war das anders. Der junge Mann war Mitglied eines Korps, diente bei einem aristokratischen Regiment und war von Adel, sogar Graf. Das war ein gefundenes Fressen, das die „liberale“ Presse sich nicht entgehen lassen durfte. Da konnte man doch einmal in spaltenlangen Leitartikeln zeigen, wie die „Junfer,“ wenn sie vollends zur Gewalt kämen, das „Volk“ behandeln würden. Wäre plötzlich einer der sprichwörtlichen „Lüderike und Köderike, Krachten oder Spenplitze“ auf magerm Rosse auf der freien Landstraße, etwa zwischen Berlin und Magdeburg, erschienen und hätte angefangen, aus dem Stegreife zu leben, die „Pfeffersäcke“ niederzuwerfen und die unglücklichen Gefangnen bei Molchen und Salamandern in graufigem Burgverließ verschmachten zu lassen, der Lärm hätte unmöglich größer sein können.

Die letzte Tagung des Landtages in der Konfliktzeit wurde am 15. Januar 1866 durch Bismarck eröffnet. Die Verhandlungen bieten dasselbe Bild dar wie die frühern. Die hitzigen Redekämpfe hatten dasselbe thatsächliche Ergebnis wie früher, nämlich gar keins. Die Fortschrittspartei konnte es natürlich nicht lassen, wieder Übergriffe in das Gebiet der auswärtigen Politik zu machen. Diesesmal lieferte der Vertrag zu Gastein den Stoff zu einem heftigen Angriffe auf die Regierung. Da dieser Vertrag dem Staate keinerlei Verpflichtungen auferlegte — König Wilhelm hatte bekanntlich die Entschädigungssumme an Osterreich aus seiner eignen Schatulle bezahlt —, so bedurfte er zu seiner Giltigkeit nicht der Zustimmung des Abgeordnetenhauses (Art. 48 der Verf.). Aber man konnte ja versuchen, wie weit man kam. Außerdem lautet Art. 55: „Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein.“ Wenn der Herr Abgeordnete Virchow, der den Antrag eingebracht hatte, jenen Vertrag für rechtsungiltig zu erklären, so lange die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtags fehle, den letztern Beweisgrund besonders hervorhob, so wollte er offenbar nur zeigen, daß es ihm nicht an Geist fehle; denn den jetzigen „Kreis Herzogtum Lauenburg“ für ein fremdes Reich zu erklären, und zwar in allem Ernste, das war doch ein guter und wohlgelungener Scherz. Trotzdem daß Bismarck in meisterhafter Rede die Annahmen des Hauses zurückwies, wurde natürlich der Antrag Virchows angenommen (251 Stimmen gegen 44). Auch mehrere andre Beschlüsse wurden gefaßt, durch die die verfassungsmäßigen Befugnisse des Abgeordnetenhauses überschritten wurden. Am 18. Februar richtete daher Bismarck an das Haus ein Schreiben, dessen wesentlicher Inhalt folgender war: „Nachdem das königl. Staatsministerium von Ew. Hochwohlgeboren gef. Schreiben vom 3., 10. und 16. d. M. durch mich Kenntnis erhalten hat, hat dasselbe beschloffen, die Annahme dieser Schriftstücke zu verweigern, weil die darin mitgetheilten Beschlüsse in der dem Hause der Abgeordneten durch die Verfassung beigelegten Kompetenz nicht nur keine Begründung finden, sondern verschiedene Artikel der

Verfassung ausdrücklich verletzen. Das Haus der Abgeordneten ist weder berechtigt, einen von Sr. Majestät dem Könige geschlossenen Staatsvertrag für rechtsungiltig zu erklären, noch richterliche Urteilsprüche anzusechten, noch den Beamten der Exekutivgewalt Vorschriften zu erteilen. Der Beschluß des Hauses vom 3. d. Mits. verletzt den Art. 48, der vom 10. d. M. den Art. 86, der vom 16. d. Mits. den Art. 45 der Verfassung. Die königliche Staatsregierung vermag über rechtswidrig gefaßte Beschlüsse keine amtliche Mitteilung von dem Präsidium des Hauses entgegenzunehmen, und ich beehre mich daher, Ew. Hochwohlgeboren die überreichten Ausfertigungen der Beschlüsse betreffend das Herzogtum Lauenburg, den Antrag des Freiherrn von Hoverbeck und die Petition des Herrn Classen-Kappelmann wieder zuzustellen.“

Dieses Schreiben Bismarcks, datirt vom 18. Februar, rief natürlich wieder starke Aufregung und heftige Debatten hervor. Doch ließ man den Redehelden hierzu nicht lange Zeit; denn schon am 22. wurden sie durch eine königliche Verordnung überrascht, die den Schluß der Tagung verfügte. Der Präsident Grabow hielt zum Schlusse noch eine Rede, die seine Anhänger sicher für sehr „schneidig“ erklärt hätten, wenn dieser schöne Ausdruck damals schon allgemein gebräuchlich gewesen wäre. Noch „schneidiger“ war es freilich, daß die „liberale“ Presse gleichsam triumphirend hervorhob, daß in das zum Schlusse aus-gebrachte Hoch auf den König nur „die Feudalen und die Katholiken“ eingestimmt hätten. So weit waren die Männer des „latenten Patriotismus“ (der Ausdruck ist bekanntlich von Schulze-Delitzsch gebraucht worden für seine eigne Partei) bereits auf der schiefen Ebene gekommen. Das that aber nichts. Am 23. Februar wurde der Landtag durch eine Rede Bismarcks geschlossen. Man hatte mehr und Wichtigeres zu thun, als die völlig frucht- und wertlosen Redekämpfe mit einer Gesellschaft unverbesserlicher und unbelehrbarer Doktrinäre und verbissener Parteianatiker fortzusetzen.

Immer drohender ballten sich über Deutschland die düstern Wetterwolken zusammen, die nach wenigen Monaten sich in krachenden Schlägen entladen sollten. Bald sollten die eisernen Würfel rollen in dem blutigen Kriegesspiele, in welchem Länder und Reiche, Szepter und Kronen den Einsatz bildeten. An demselben Tage, wo in dem fernen Böhmen auf den Höhen zwischen Elbe und Bistritz die männermordende Feldschlacht brüllte und tobte, in der Preußens waffenfrohe und waffenstarke Krieger zeigten, daß sie ihrer Heldenväter wert waren, am 3. Juli, wurden im ganzen Lande die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus vollzogen. Die trübe und drückende Atmosphäre, die über Preußen ebenso sehr wie über dem ganzen bundestäglichen Deutschland gelagert hatte, war durch den „frischen, fröhlichen Krieg“ mit einemmale gereinigt und geklärt worden. Etwa die Hälfte der neugewählten Abgeordneten waren entschiedne Anhänger der Regierungspolitik. Unter den wiedergewählten Oppositionsmännern waren nicht wenige, die entweder offen oder doch insgeheim ihr bisheriges Unrecht einsahen

und eingestanden. Die Alleinherrschaft der Fortschrittspartei war gebrochen, gebrochen für immer. Hätten die Wahlen noch etwa acht oder vierzehn Tage später stattgefunden, als man die ungeheuern Erfolge, die errungen waren, genauer übersehen konnte, so hätte wahrscheinlich damals schon die ganze Partei in wenigen Droschken spazieren fahren können.

Am 5. August des ewig denkwürdigen Jahres 1866 eröffnete der greise Monarch, der soeben mit unverwelklichen Lorbeeren geschmückt in die Heimat zurückgekehrt war, den neuen Landtag. Die herrliche Thronrede, durch die das geschah, darf wohl als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Der König kündigte an, daß seine Regierung für die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung Indemnität nachsuchen werde. Was vor drei Monaten noch eine unverzeihliche Schwäche gewesen wäre, das war jetzt ein Schritt, der bewies, welche Geistesgröße und welcher Seelenadel den Herrscher selbst und seine Umgebung erfüllten. Nach Königgrätz, nach einem Kriege, der dem Staate drei neue Provinzen brachte, der die Einigung Deutschlands in fast greifbare Nähe rückte, da konnte man den Gegnern manchen Schritt entgegenkommen, ohne sich irgendwie zu demütigen!

Der bisherige Präsident Grabow hatte, da er nicht mit Unrecht meinte, daß seine Person vielleicht eine Ausgleichung mit der Regierung erschweren könne, eine Wiederwahl zum Vorsitzenden bestimmt abgelehnt und zog sich bald ganz aus dem politischen Leben zurück. Alle seine Anhänger, die nicht den Mut finden konnten, offen einzustehen, daß sie bisher in Irrtum befangen gewesen waren, hätten nur seinem Beispiele folgen sollen. Unter den Männern, die sich der Annahme der Indemnitätsvorlage, die am 13. August eingebracht worden war, heftig widersetzten, ragte, man könnte fast sagen natürlich, Herr Professor Virchow hervor; sogar Twisten empfahl die Annahme der Vorlage. Sie erfolgte im Abgeordnetenhause am 3. September mit 230 gegen 75 Stimmen, im Herrenhause am 8. September mit Einstimmigkeit.

Damit war der Verfassungstreit in Preußen beendet, der Konflikt, der so viele Jahre das öffentliche Leben vergiftet hatte, war aus der Welt geschafft.

Mehr als zwanzig Jahre, voll von gewaltigen Ereignissen, sind inzwischen über Deutschland und Europa dahingegangen; die Vorgänge aus den Jahren 1861 bis 1866 gehören der Weltgeschichte an und sind in weitem Kreise teilweise schon ganz vergessen, unterliegen aber auch teilweise einer ganz falschen, schiefen Beurteilung. Dieser entgegenzutreten, war der Zweck dieser Arbeit. Denn die Parteibestrebungen, die damals den Konflikt herbeiführten, haben mit ihm nicht aufgehört. Noch heute giebt es nicht nur eine Partei, sondern ein Gemisch, ein Sammelsurium der verschiedensten Parteien, deren gemeinsames Bestreben darauf gerichtet ist, um jeden Preis Konflikte mit der Regierung herbeizuführen und so wiederum Verwirrung, Verhezung und Unheil über unser Vaterland zu bringen. Ich brauche diese Parteien nicht zu nennen; jeder

Patriot kennt sie und weiß, wie er sich ihnen gegenüber zu verhalten hat. Jedem Deutschen, der treu zu Kaiser und Reich hält, anzuspornen, diese Gesinnung in dem bevorstehenden Reichstagswahlkampfe kräftig zu bethätigen, das war der Hauptzweck dieser geschichtlichen Darstellung. Das aber wird jeder thun, der mit uns den Wahlspruch hochhält:

Das Vaterland, nicht die Partei!



Buckle und Darwin

4



ie Religion wird, wie wir sahen, vom Darwinismus nur insofern berührt, als er den Atheisten eine neue Einkleidung für ihre alten Ansichten, den Christen aber einen großen Reichtum bis dahin unbekannter Fälle von Zweckmäßigkeit darbietet. Wird doch Darwin selbst nicht müde, die „wunderbare Schönheit“ der mechanischen Vorrichtungen zu preisen, durch die z. B. die Befruchtung der Blüte mit ihrem eignen Pollen verhindert und die wechselseitige Befruchtung sicher gestellt, das Nektarium der Passionsblumen vor den Kolibris geschützt, dagegen den Hummeln zugänglich gemacht wird u. s. w. Selbst wenn die Entwicklungslehre streng bewiesen wäre, würde sie nicht zu einer Umbildung unsrer religiösen Vorstellungen nötigen, da die mosaische Schöpfungsgeschichte schon vor Darwin auch in gläubigen Kreisen nicht mehr wörtlich verstanden wurde. Vielseitig und tiefgreifend dagegen ist Darwins Einfluß auf das wissenschaftliche Leben; und diesen glaube ich im allgemeinen dahin bestimmen zu dürfen, daß der große Forscher durch seine zahllosen Beobachtungen sowie durch die Kunst phantasievoller Verknüpfung von Thatsachen ungemein anregend und befruchtend gewirkt, freilich durch diese Kunst zugleich die unvorsichtige, kritiklose Hypothesenbauerei befördert hat.

Ein paar Beispiele sollen diese sehr gegen Darwins Absicht eingetretene nachteilige Wirkung veranschaulichen. Wir führen einige Fälle an, wo er seiner Hypothese zu Gefallen offenbar den Thatsachen Gewalt anthut; die weit weniger gewissenhaften Schüler und das gedankenlose Publikum sehen in solchem Beispiele eines so großen Meisters selbstverständlich eine Aufmunterung zu noch größerer Kühnheit. Nach Darwin entstehen Gattungscharaktere dadurch, daß